

## Politik

Die Ägäis  
- ein brodelndes Meer

## WIRTSCHAFT

Lignit, die Energie-  
autarkie Griechenlands

## TOURISMUS

Delphi und sein Umkreis

## KULTUR

"Der Kreis des Lebens"

## LITERATUR

"Lebendige Antike"  
"Griechische Küsten"

Die Residenzen von  
KAMBOS auf Chios

# Die Ägäis - ein brodelndes Meer

## Mythen und Wahrheiten über die griechisch-türkischen Beziehungen

Von  
Georgios N. Despotidis

Seit ich um 1980 damit angefangen habe, mich wissenschaftlich mit den griechisch-türkischen Beziehungen zu beschäftigen, habe ich aus dem Mund griechischer Politiker schon sehr oft die Hoffnung vernommen, dass sich das Verhältnis mit dem Nachbarland bessern und sich die Ägäis in ein Meer des Friedens verwandeln würde.

Oft wurden die Versuche, eine allgemein akzeptierte Lösung zu finden, durch spektakuläre und publikumswirksame Ereignisse auf der persönlichen Ebene untermauert, wie z. B. durch eine Völker verbindende "Zeimbekiko-Einlage" da oder die Übernahme einer Patenschaft bzw. der Rolle des Trauzeugen (z. B. in Person des griechischen Ministerpräsidenten Konstantinos Karmanlis bei der Vermählung der Tochter seines türkischen Amtskollegen Erdogan, A. d. Ü.); wie sich allerdings zeigte, konnten auch solche symbolträchtigen Gesten diese "Hoffnung" nicht in handfeste Ergebnisse umwandeln und so zu einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen der beiden Länder beitragen.

Im Gegenteil: Heute beobachten wir mit der Ausrüstung der türkischen Militärflugzeuge mit scharfer Munition eine qualitative Zunahme der türkischen Provokationen und mit der beinahe täglichen Verletzung von Athens FIR (Flight Information Region, A. d. Ü.) und der Durchführung nächtlicher Übungen und Manöver in der weiteren Region die In-

fragestellung der griechischen Souveränität über alle Inseln und unbewohnten Felseninseln östlich des 25. Längengrades.

In den letzten Jahren glaubte die griechische Führung, dass der einzige Weg zu einem positiven Ergebnis über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei führen würde. Mit anderen Worten, man war davon überzeugt, dass man die eigenen Probleme mit der türkischen politischen Führung umso einfacher würde lösen können, je näher man die Türkei an das Europäische Modell heranführen würde. Dieser Mythos wurde in den letzten Monaten in der Praxis ad absurdum geführt, insbesondere mit dem Absturz eines griechischen F-16-Kampffjets beim Versuch, türkische Militärflugzeuge 21 Seemeilen südwestlich der Insel Karpathos abzufangen<sup>1</sup>, der Festnahme türkischer Agenten, die die Militärbasis in Souda (Kreta) fotografierten, sowie mit den andauernden Provokationen durch Schiffe der türkischen Küstenwache bei der Insel Imia, die griechische Fischerboote daran hinderten, sich rund um die Felseninseln frei zu bewegen. Übergeordnetes Ziel: die praktische Anfechtung der bestehenden See- und Luftgrenzen und, in einer zweiten Phase, die Mitherrschaft über die Ägäis. Die falsche Annahme der politischen und diplomatischen Kreise Griechenlands, dass die Türkei den Beitritt in die EU tatsächlich wünsche und dafür alles tun würde - einschließlich einer deutlichen Reduzierung

ihrer Provokationen gegenüber Griechenland - führte zu falschen Einschätzungen, die Griechenland heute in das Dilemma geführt haben, einerseits als EU-Mitglied zu den heißesten Verfechtern einer Integration der Türkei in die europäische Familie zu gehören und andererseits nicht mehr so ohne weiteres über die Option verfügen zu können, seine politische Position zu ändern, um eventuell den Integrationsprozess der Türkei in die EU zu blockieren - und zwar dann, wenn sich die türkische Seite nicht an die Vereinbarungen mit der EU halten sollte.

Auf der anderen Seite ruft auch die Haltung des "Pontius Pilatus", die Washington angenommen hat, selbst im Hinblick auf den überflüssigen Tod des griechischen Piloten, der die bei-

den Länder fast in eine kriegerische Auseinandersetzung gestürzt hätte<sup>2</sup>, viele Fragen hervor, sind doch die USA auf die Unterstützung Griechenlands im UN-Sicherheitsrat angewiesen.

So fand der jüngste Besuch der amerikanischen Außenministerin Rice in Athen bekanntermaßen mit der Zielsetzung statt, die griechische Zustimmung für die geplanten Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran zu sichern.

Eine solche Position der "gleichen Distanz" zu Griechenland bzw. der Türkei macht es der griechischen Führung unglaublich schwer, sich in diese Richtung zu bewegen, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Unterstützung - via UNO-Sicherheitsrat - der US-amerikanischen Bestrebungen die griechische Regierung gegen das Empfinden der griechischen Bevölkerung aufbringen würde, die sich in den letzten 30 Jahren in ihrer überwältigenden Mehrheit mit keiner einzigen geopolitischen Entscheidung der USA konform wusste.

An diesem Punkt müssen wir auch das Problem erwähnen, das mit der Stationierung der russischen S-300-Raketen auf Kreta entstanden ist. Nachdem Nikosia und Athen 1998 nicht in der Lage waren, den Beschluss der zyprischen Regierung umzusetzen, diese Waffensysteme in den freien Gebieten zu stationieren, gerade weil ein solcher Schritt von der Türkei als "casus belli" angesehen worden wäre, aber auch auf Grund des unerträglichen US-amerikanischen Drucks, war die Stationierung der S-300 auf griechischem Territorium unvermeidbar.



Also erfolgte die Stationierung der den US-amerikanischen TOR-M1 überlegenen russischen S-300-Raketen nach Übereinkunft zwischen der griechischen und der zyprischen Regierung nicht

auf Zypern, sondern auf Kreta. Mit der Folge, dass - wie aus einschlägigen Berichten hervorgeht - "die Insel Monate lang Zielscheibe von Militär- und Spionagesatelliten gewesen ist, um die Zeit für den Transport und die Stationierung der Raketen sowie deren genauen Aufenthaltsort festzustellen".

Zum ersten Mal gehen die Territorialverletzungen in der Ägäis spürbar zurück, wusste doch niemand (also auch nicht die türkische Seite), wo diese russischen Raketensysteme stationiert worden sind. Wie zu erwarten war, wurden denn auch die S-300-Raketen zum wichtigsten operativen Ziel der türkischen "Flugangriffe".

Kostas Iliakis - der Pilot, der vor einigen Tagen sein Leben lassen musste - wusste nur zu genau, dass sein Auftrag darin bestanden hatte, das mit Fotokameras ausgestattete türkische Militärflugzeug daran zu hindern, den Bewegungsverlauf und den neuen Standort der selbstbeweglichen russischen Systeme S-300 auf Kreta zu fotografieren.

<sup>1</sup> Obwohl die Medien den Absturz der griechischen F-16 block 52-Maschine von der 343. Fliegerstaffel und den Tod des Luftwaffenhauptmanns Iliakis auf einen Unfall zurückführten, deutet vieles darauf hin, dass die Kollision von der türkischen Seite vorsätzlich hergeführt worden ist. Denn als sich der griechische Pilot von hinten und von unten der türkischen RF-4-Maschine näherte, um deren Nummer festzuhalten, führte eine der beiden türkischen F-16-Begleitmaschinen mit Absicht ein riskantes Manöver durch, mit dem Ergebnis, dass der hintere Teil des türkischen Jets mit der Nase der griechischen F-16 kollidierte.

<sup>2</sup> Es ist bezeichnend, dass gleich nach dem "Abschuss" des griechischen F-16 die Türkei drei Paar F-16 hochsteigen ließ, und auch Griechenland stand kurz davor nachzuziehen, was zu verheerenden Konsequenzen hätte führen können. Die Eskalation konnte letztlich nur durch die direkten Telefongespräche zwischen den Außenministern der beiden Länder und zwischen den Generalstabchefs Chinofonis und Özkök verhindert werden.

Das geht hinreichend aus dem Signal hervor, das einige Stunden, bevor das Identifizierungs- und Abfangmanöver begann, an seine Fliegerstaffel in Chania gesendet worden war. Wie einschlägige Meldungen belegen, die an die Öffentlichkeit gesickert sind, haben die Türken aber selbst nach dem Zwischenfall die tatsächliche Mission des Spionageflugzeugs nicht preis gegeben und den türkischen Medien untersagt, entsprechende Informationen zu verbreiten.

Bilder rechts:

S-300  
Raketensysteme



Es ist inzwischen offenkundig, dass Kreta ins Visier des türkischen Generalstabs geraten ist, der sich das Ziel gesetzt hat, so viel wie möglich über die auf der Insel stationierten

S-300-Raketen in Erfahrung zu bringen. Auf der anderen Seite ist Kreta jedoch für die griechischen Streitkräfte von nicht zu unterschätzender Bedeutung und deswegen zu einem zentralen operativen Zentrum aufgewertet worden, wofür nicht nur die Stationierung der S-300 spricht, sondern auch die Aufstellung der Mittelstreckenraketen TOR-M1. Zugleich hat die Entscheidung des Führungsstabs der griechischen Luftwaffe, den 115. Kampfverband sowie ein Geschwader moderner Kampfflugzeuge des Typs F-16 Block 52 in Chania zu stationieren, dazu geführt, die militärstrategische Kontrolle über die gesamte Südägäis einschließlich der Hoheitsgewässer Zyperns zu erlangen.

Zugleich hat Ankara gegenüber der russischen Regierung seinerseits das Interesse an der Beschaffung von S-300-Raketensystemen bekundet und damit für Missstimmung in den USA gesorgt, die darum fürchten, dass ihre eigenen Waffensysteme (PATRIOTS) auf dem internationalen Waffenmarkt an Boden verlieren. Demgegenüber sorgte diese Anfrage in Moskau für Genugtuung, ziehen doch zwei NATO-Mitglieder, wobei das eine (die Türkei) sogar traditionell ein enger Verbündeter und guter "Kunde" der USA ist, ein russisches System zur Bedienung ihrer militärstrategischen Bedürfnisse vor.

Abgesehen vom militärpolitischen Problem, das mit der Stationierung der S-300-Raketen auf Kreta entstanden ist, steht die Verschlechterung der griechisch-türkischen Beziehungen allerdings auch mit der brisanten politischen Situation in der Türkei selbst in einem Zusammenhang.

Obwohl im Inneren der Kampf zwischen militärischem Establishment und gewählter politischer Führung um die Kontrolle der Macht und der sie stützenden Mechanismen noch nicht entschieden ist und weiter ausgetragen wird, gibt es außenpolitisch de facto eine prinzipielle Übereinstimmung, die auf den "Nationalismus" zurückzuführen ist, der als politischer Katalysator dereinst beide Seiten zu einem schmerzhaften Kompromiss gezwungen hatte.

Irrigerweise haben bis heute viele die türkischen Ansprüche auf die Ägäis und Westthrakien, aber auch die andauernde Besetzung des nördlichen Teils von Zypern ausschließlich der türkischen Generalität und der diplomatischen Führung des Landes zugeschrieben, entgegen der Zielsetzungen der jeweiligen politischen Führung.

Natürlich registrieren die Kenner der innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei die heutzutage mehr oder offen zu Tage tretenden Differenzen zwischen dem kemalistisch geprägten militärischen Establishment und der am Islam ausgerichteten Regierung Erdogan, die sogar die staatliche Einheit gefährden und die Bevölkerung zu entzweien drohen; doch dies bedeutet nicht, dass die Provokationen in der Ägäis und die territorialen Ansprüche an Westthrakien über dem Kopf der türkischen Regierung von statten gehen. Bezeichnend für die türkische Diplomatie ist im Übrigen eine langfristige Strategie und die Fixierung darauf, so dass die Umsetzung ihrer kurz- und langfristigen Ziele in den Bereich der Möglichkeit rückt.

Die türkischen Regierungen machen sich diese Strategie zueigen und stehen in der Pflicht, alles daran zu setzen, sie zu realisieren; insofern entbehren die Behauptungen mancher griechischer und europäischer Kreise, die die heutige islamische Regierung mit Verweis auf den Druck angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen zu rechtfertigen suchen und der griechischen Seite in der Hoffnung auf eine Besserung des Klimas und eine Abnahme der Aggressivität nach den Wahlen eine Politik der leisen Töne verordnen wollen, jeglicher Grundlage.

Ausgehend davon, dass man der Türkei mit Sicherheit nicht die Neigung zur Launenhaftigkeit unterstellen kann, glaube ich zwar nicht, dass die Gefahr einer offenen Konfrontation in der Ägäis realistisch besteht. Dies schließt aber nicht aus, dass es auf Grund politischer Erwägungen durchaus zu einer Zuspitzung der Lage in diesem Sommer kommen kann.

Als sicher gilt überdies, dass es sehr schwierig sein dürfte, die umfassende Frage der griechisch-türkischen Differenzen dem Internationalen Gerichtshof von Den Haag zu überantworten, wie vor kurzem der ehemalige Griechische Staatspräsident, Herr K. Stefanopoulos, vorgeschlagen hatte, müsste dem doch ein Dialog und ein Vergleichsverfahren vorausgehen, das aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur die Frage des Festlandssockels umfassen wird, wie es sich die griechische Seite wünscht, sondern auch alle Forderungen Ankaras, unter anderem die Grenzen der griechischen Hoheitsgewässer und des griechischen Luftraums, die Entmilitarisierung der griechischen Inseln sowie die Grauzonen in der Ägäis.

Insofern und auf der Grundlage, dass keine griechische Regierung jemals auf nationale Souveränitätsrechte verzichten wird, und ausgehend davon, dass keine türkische Regierung jemals einem Vergleichsverfahren zustimmen, geschweige denn ein Abkommen unterzeichnen würde, in dem es nur um die Frage des Festlandssockels geht, bleibt der griechischen Diplomatie nur eine Lösung: Das politische Management der Dauerkrise in der Ägäis mit ihren konjunkturellen Spannungs- und Entspannungsphasen an den Interessen und Bestrebungen des Nachbarlandes auszurichten.

Das Problem, mit dem die gegenwärtige, aber auch künftige griechische Regierungen umgehen müssen, besteht nämlich darin, dass sie zusätzlich und wohl in verstärktem Maße auch das Klima des Zorns im Inneren "beschwichtigen" müssen - ein Klima, das die Geduld der griechischen Gesellschaft einer zunehmend härteren Probe aussetzt.

**Georgios N. Despotidis** ist  
Politik- und Wirtschaftsanalytiker für  
Südosteuropa & den Mittleren Osten